

Herrn Oberbürgermeister  
Martin Hebich

67227 Frankenthal

**Anfrage für den Planungs- und Umweltausschuss am 03.03.2022**

**Betr. Unterbringung von Geflüchteten aus der Ukraine**

**Wir bitten die Stadtverwaltung, zu aktuellen Überlegungen hierzu in Frankenthal mündlich Bericht zu erstatten.**

1. Wie ist die aktuelle Belegungssituation in den städtischen Wohnheimen? Gibt es freie Kapazitäten?
2. Gibt es auf dem Gelände in der Siemensstraße Erweiterungsmöglichkeiten?
3. Welche Immobilien könnten kurzfristig zur Verfügung stehen?

Eine Unterbringung in Zelten wie in den Jahren 2015 und 2016 sollte unbedingt vermieden werden, gerade weil so viele Kinder unter den Geflüchteten sind.

**Begründung:**

Bestürzt sehen wir täglich die Nachrichten der sich überschlagenden Ereignisse in der Ukraine. In der Tagesschau vom 26.02.2022 ist mittlerweile die Rede von über 100.000 Geflüchteten alleine in Polen, 2 Tage nach Kriegsbeginn.

Größtenteils fliehen Frauen, Kinder und Ältere sowie geschwächte Personen. Väter und Männer müssen im Land verbleiben, das Land verteidigen, Hab und Gut beschützen.

Im Jahr 2015 kamen hauptsächlich alleinstehende Männer über die Grenzen. Die Tatsache, dass nun viele Frauen mit Kindern auf der Flucht sind, stellt auch die bisherigen Unterbringungsmöglichkeiten in Frage.

Hier ein Zitat von SWR aktuell vom 25.02.2022 14.25Uhr:

*„Die Integrationsministerin des Landes, Katharina Binz (Grüne) hat angekündigt, die Kapazitäten in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes zu erweitern – für mögliche Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine. [Noch sei unklar, ob und wie viele Menschen nach Deutschland kommen. Rheinland-Pfalz sei aber darauf vorbereitet und habe in den Aufnahmeeinrichtungen Puffer bei den Kapazitäten.](#)“*

Weiter geht es auf SWR aktuell ebenso am 25.02.2022 18.32Uhr:

„Auch zahlreiche Kommunen haben bereits ihre Möglichkeiten überprüft, in Eigenregie Flüchtende aus der Ukraine aufzunehmen. [In Trier beispielsweise gebe es sofort 100 freie Betten in der Jäger-Kaserne, heißt es von der Stadt.](#) Auch in Idar-Oberstein und Birkenfeld stünden Plätze in Kasernen zur Verfügung.

Sollten die freien Unterkünfte nicht ausreichen, könnten auch Pensionen angemietet werden, versichert etwa der Kreis Vulkaneifel. Andere Kommunen wie die Städte Mainz, Koblenz oder Kaiserslautern konnten noch keine genauen Zahlen nennen. Grundsätzlich seien sie aber bereit und bereiteten sich auch darauf vor, Flüchtende aufzunehmen.“

**Jesko Piana**

**Fraktionsvorsitzender**